



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 22. April 2010 in Trimbach im Mühlemattsaal Beginn 20.00 – 21.50 Uhr

Stimmberechtigte im Saal:	76
Absolutes Mehr:	39
Entschuldigt:	H.R. Ingold, H. Glauser, D. Bloch, S. Bürki, M. Schneider, P. Bruderemann, B. Heim (kommt später), K. Koschmann
StimmenzählerInnen:	Clemens Ackermann Esther Gerlach Benjamin Otter Urs von Lerber Hans Roth

Geschäftsliste

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages
2. Bestellung des Wahlbüros
3. Genehmigung der Geschäftsliste
4. Genehmigung Parteitag-Protokolle vom 3. Sept. und 30. Nov. 2009 TV 1
5. Genehmigung der Jahresrechnung 2009 gem. Art. 21. Abs. 3.1 TV 2
6. Genehmigung des Berichts der RPK gem. Art. 21.Abs. 3.2 TV 3
7. Zweijahresberichte gem. Art. 21. Abs. 1 TV 4
 - ▶ des Parteipräsidiums
 - ▶ der Kantonsratsfraktion
 - ▶ der Fachausschüsse
 - ▶ der Beschwerde- und Schiedskommission
 - ▶ des Parteisekretariats
8. Beitragsleistung an die Kantonalpartei gem. Art. 21. Abs. 4
 - ▶ Antrag unverändert Fr. 24.00
9. Ehrungen und Verdankungen
10. Wahlen gem. Art. 21. Abs. 1 bis 5 TV 5
 1. Das Parteipräsidium
 2. Die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung (GL)
 3. Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
 4. Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)
 5. Delegierten DV SP Schweiz
11. Parolenfassung für die kantonalen Abstimmungen vom 13. Juni

Kantonaler Parteitag

1. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Sonntagsverkäufe)
Pro: Andreas Gasche, Geschäftsführer KGV, Oekingen
Kontra: Philipp Hadorn, SP Kantonsrat, Gerlafingen
2. Volksinitiative „für ein liberaleres Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot“
Pro: Marcel W. Wyss, Initiativkomitee, Kappel
Kontra: Anna Rüefli, SP Kantonsrätin, Solothurn

12. Varia

1. Eröffnung des Parteitages durch Evelyn Borer

Wir sind heute Gast der Ortssektion Trimbach.

Karl Tanner, Gemeindepräsident SP, wird einige Worte an uns richten.

Karl Tanner begrüsst die Anwesenden und heisst sie herzlich willkommen. Die SP Sektion ist traditionell stark, Ernst Gomm war 14 Jahre SP Gemeindepräsident, 12 Jahre Martin Straumann und jetzt eben, seit 2009 Karl Tanner. Trimbach ist ein multikulturelles Dorf, es wohnen sehr viele Menschen hier mit verschiedenster Herkunft. Es gibt viel Industrie. Das Dorf war früher ein sogenanntes Passdorf und der Hauenstein daher ein wichtiger Übergang. Es gab traditionell immer viele Arbeiter, zu Grossen Teilen bei der SBB arbeitend, von denen auch viele in Trimbach wohnten und anno dazumal mit der Fähre zur Arbeit fuhren. Karl bedankt sich für die Durchführung des Parteitages in Trimbach und wünscht allen alles Gute.

Eröffnungsrede der Parteipräsidentin Evelyn Borer

**Liebe Kolleginnen und Kollegen
Genossinnen und Genossen**

Der heutige Parteitag steht im Zeichen der Berichterstattung der vergangenen zwei Jahre und ist ein Ausblick auf die Themen der nächsten Abstimmungen und ein Ausblick in unsere weitere Arbeit.

Ich begrüsse euch alle ganz herzlich zum Parteitag hier in Trimbach.

Mein besonderer Gruss geht an

Ständerat **Roberto Zanetti**, Nationalrätin **Bea Heim**, die sich aufgrund weiterer Verpflichtungen später zu uns gesellen wird, Regierungsrat **Peter Gomm**,
Und an die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Der Mensch steht in der Mitte unserer Bestrebungen.

Es ist deshalb klar und wichtig, dass die von uns angestrebten Ziele:
das Mitgestalten positiver gesellschaftlicher Entwicklungen und Rahmenbedingungen, die für alle ein gutes, erfolgreiches und befriedigendes Leben ermöglichen, nachhaltig sind.

Wir versuchen die Bedürfnisse der Menschen in unserer Gesellschaft zu decken und in der politischen Arbeit die Rahmenbedingungen zu erreichen, die es allen möglich macht eine gute Bildung, eine gute Ausbildung und eine gute, anständige Arbeit zu bekommen.
Das sind die Ziele, die es zu erreichen gilt.

Die Menschen brauchen **Arbeit und Einkommen** um ihr Leben und das ihrer Familien bestreiten zu können. Die stetig steigenden Krankenversicherungsprämien und die hohen Mieten, die steigenden Preise beim täglichen Lebensbedarf belasten viele Familienbudgets, bereiten Sorgen und Stress. Auf der einen Seite scheffelt sich eine kleine Anzahl Menschen Privilegien und Vermögen zu und auf der anderen Seite werden Arbeitsplätze gestrichen,

Kantonaler Parteitag

wegrationalisiert und Lebenshaltungskosten steigen Jahr für Jahr. Über Jahre wurde der Finanz- und Wirtschaftsmarkt von Menschen beherrscht, deren eigener Macht- und Geldgewinn zentral war. Die Konsequenzen waren in der Wirtschafts- und Finanzkrise vor allem für die Arbeitnehmenden stark spürbar. Die ärgste Krise scheint vorbei zu sein, die Arbeitslosenzahlen haben sich etwas eingependelt und sind auch zum Glück nicht gar schlimm wie anfangs befürchtet. Dies tröstet allerdings den einzelnen, der seine Stelle verloren hat und bisher keinen Anschluss finden konnte, wenig. Und dass aus dem Zusammenbruch der Finanzmärkte, der aufgeblasenen nach immer mehr Gewinn strebenden Hypotheken- und Anlagestrategien und dem zurückbleibenden Scherbenhaufen der vergangenen Monate wenigstens etwas gelernt wurde, kann nach den jüngsten Berichten über Geschäftsabschlüsse, Boni und Vergütungssysteme wirklich nicht behauptet werden. Doch immerhin stehen nun Aktionäre auf und erteilen nicht einfach den Segen für vergangene Taten. Aber es hat einiges gebraucht, bis ein solcher Schritt möglich wurde. Dass mit Menschen, **mit Arbeitnehmenden**, auch anders umgegangen werden kann, zeigen die Haltung und das Vorgehen der Firma Fraisa in Oberdorf. Sie schliesst ihren Betrieb, das ist mehr als unerfreulich. Diese Firma aber ist sich ihrer Verantwortung bewusst, sie nimmt ihre Verantwortung wahr und hat einen entsprechenden Sozialplan erarbeitet. Das ist im Rahmen der unerfreulichen Tatsache der Firmenschliessung doch ein gutes Zeichen. Und zeigt auf, dass es auch anders, anständig und verantwortungsbewusst zugehen kann. Nun steht ein **neues Parteiprogramm** der SP Schweiz zur Diskussion. Die Sektionen und Kantonalparteien sind zur Stellungnahme aufgerufen. Und bevor die Diskussion über Ziel, Zweck und Güte des Inhalts geführt werden konnte, wird zuallererst Häme über das Ganze geschüttet. „Sozialistische Träumereien und sozialistische Mottenkiste“. Das sind zwei der Schlagzeilen, die, kaum nach der Vorstellung des Partei-Programms, zu lesen waren. Ich stelle gleich vorweg fest: Es geht mir heute nicht darum, das Parteiprogramm inhaltlich zu diskutieren oder zu bewerten. Dafür ist noch Zeit. Ich persönlich finde es allerdings wichtig, dass wir als Grundlage für unser gemeinsames Wirken und Arbeiten Gedanken und Werte haben, die längerfristig angelegt sind als der Horizont der nächsten Wahlen. Die nächsten Wahlen und Abstimmungen kommen und sie sind auch wichtig. Aber wenn wir in unserer Gesellschaft etwas verändern und entwickeln wollen, dann muss das wirklich über einen Zwei- oder Vierjahresrhythmus hinausgehen.

Der heutige Parteitag ist ein rückwärts und ein vorwärts Schauen. Die Berichte der vergangenen zwei Jahre liegen vor. Zum Teil haben wir Siege erringen können, wir haben Veränderungen eingeleitet. Weitere Arbeit und Engagement steht uns bevor. So ist es nach wie vor nicht **allen Familien und auch alleinstehenden Menschen** möglich, ihren Verpflichtungen vollumfänglich nachzukommen. Dann muss mit gezielten Hilfestellungen **die Kaufkraft** gestärkt werden. Wir fordern seit Jahren die wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien. Vor gut einem Jahr haben wir unsere Initiative für eine Verbesserung der Prämienverbilligung eingereicht. Der Vorschlag des Regierungsrates liegt auf dem Tisch und wartet auf die Behandlung durch das Parlament. Die darin enthaltenen Verbesserungen sind allerdings etwas bescheiden ausgefallen und erfüllen unsere Forderungen nicht. Zwar ist mehr Geld für die Prämienverbilligung vorgesehen, das System aber mit der Berechnung auf der Basis einer Richtprämien anstatt der Durchschnittsprämie wurde belassen und befriedigt nicht. Wir werden für die Umsetzung unserer Initiative kämpfen und auf die Strasse müssen. Ihr seid gefordert. Sind die Kinder in Krippe oder Tagesschule betreut, so können die Eltern für ein Familieneinkommen sorgen. Dafür braucht es aber eine **gute umfassende Tagesbetreuung**. Auch dieses Thema wurde durch die SP bereits lanciert. Mit dem Auftrag der SP Fraktion im Kantonsrat und der Initiative des Freisinns steht das Thema der Tagesbetreuung auf der diesjährigen Themenliste. Unsere Forderung, dass jedes Kind

Kantonaler Parteitag

Anspruch auf eine ansprechende Betreuung ergänzend zur Schule hat, müssen wir deutlich machen. Auch hier wird unser Einsatz gefordert sein.

Erfreulich und ein toller Erfolg für die SP und vor allem natürlich für **Regierungsrat Peter Gomm** war die erfolgreiche Abstimmung für die Einführung **der Ergänzungsleistungen für Familien**. Ergänzungsleistungen, die es möglich machen, dass Familien mit Kindern und einem knappen bemessenen Einkommen ein sozial eingebettetes Leben führen und den wichtigen Erziehungsaufgaben genauso viel Aufmerksamkeit widmen können wie der Erwerbsarbeit. Die **Schule von heute** bildet die aktiven, berufstätigen, gesellschaftsbildenden Menschen von morgen aus. Sie muss Rüstzeug und Ausrüstung mitgeben. Diese Schule braucht gute Grundlagen. Die Klassengrößen dürfen nicht nur auf der Grundlage der finanziellen Grenzen ausgerichtet werden. Sie müssen so gestaltet sein, dass der Lernerfolg möglich und vor allem möglichst hoch ist. Und die Schule von heute sollte so gestaltet sein, dass eine Familie mit schulpflichtigen Kindern sich bei einem Wohnortwechsel über die Kantonsgrenze hinaus nicht in einem anderen Bildungs- resp. Organisationssystem wiederfindet. Die Harmonisierung der Schulen ist eine Forderung, der das Schweizer Volk mit dem Bildungsartikel zugestimmt hat. Der Kanton Solothurn soll dieser Forderung nun nachleben. Harnos lässt grüssen und wird uns ebenfalls fordern.

Das Thema der **Energienutzung, der neuen Energien** und der Möglichkeiten der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ist hoch aktuell. Die SP Schweiz hat deshalb **die Initiative Cleantech** lanciert um diesen Anliegen Schub zu geben und ihre Umsetzung in nützlicher Frist zu ermöglichen. Ihr habt alle die Unterlagen für die Unterschriftensammlung erhalten. Weiteres Material liegt auf. Bitte bedient euch und macht euch an die Arbeit. Ihr habt beim Zuhören öfters hören müssen: „Da sind wir gefordert, das müssen wir noch machen, macht euch an die Arbeit“. Das ist nicht etwa Füllstoff für meine Rede sondern eine grosse Bitte und Aufforderung an Euch auf die Strasse zu gehen, Unterschriften zu sammeln und euch für die angestrebten Ziele einzusetzen. Ein weiteres wichtiges Anliegen, das unseren Einsatz erfordert, ist das **Referendum** gegen die geplante Änderung des **Arbeitslosenversicherungsgesetzes AVIG**. Ihr habt das Material, die Unterschriftenbogen erhalten und es ist wichtig und dringend, dass möglichst viele Unterschriften den Weg nach Bern finden. Dass wir mit Einsatz, guten Argumenten, überzeugendem Auftreten und einer **guten Zusammenarbeit mit Verbänden und Gewerkschaften** erfolgreich sein können hat die Abstimmung zum BVG gezeigt. Die **Sozialversicherungen** sind grosse Errungenschaften und ihre Finanzierbarkeit ist und bleibt ein wichtiges und zentrales Thema. Kein einfaches Thema, das soll hier auch nicht beschönigt werden. Aber dass eine verbesserte Finanzierung einfach mit Kürzungen auf der Seite der Versicherten möglich sein soll, ist denn doch ein bisschen zu einfach. Vor allem wenn die Verwaltungskosten sehr hoch sind, die Verwaltungsräte, die Präsidenten der Verwaltungsräte ein Einkommen generieren, dass Nun ja, ihr wisst schon, das Thema hatte ich zu Beginn meiner Rede schon angesprochen und will es nicht nochmals wiederholen. Wenn wir unsere Ziele erreichen wollen, gute Bildungsstätten, eine wirksame Prämienverbilligung, Tagesstrukturen und Familien ergänzende Betreuung, Arbeitsplätze und eine effiziente Nutzung der erneuerbaren Energien, starke Sozialversicherungen, wenn wir die Entwicklung der Gesellschaft mit beeinflussen wollen, brauchen wir alle Kräfte die uns zur Verfügung stehen. Wir können und wollen Einfluss nehmen. Das geht aber nicht ohne Arbeit, ohne Einsatz und ohne die Stimme zu erheben. Macht das also. Redet mit und engagiert euch.

Der Parteitag vom 22. April 2010 ist eröffnet.

2. Bestellung Stimmzählerinnen, Stimmzähler

Kantonaler Parteitag

Die vorgeschlagene Stimmenzählerin und die Stimmenzähler werden ohne Gegenstimme gewählt.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Die Geschäftsliste wird stillschweigend genehmigt.

4. Genehmigung der Parteitags-Protokolle vom 3. Sept. und 30. Nov. 2009

Die Protokolle vom 3. September 2009 in Oensingen und vom 30. November 2009 in Solothurn werden diskussionslos genehmigt und verdankt.

5. Genehmigung der Jahresrechnung 2009 gem. Artikel 21 Abs. 3.1 der Statuten

Beatrice Widmer Strähl, Sekretärin der SP Kanton Solothurn bedankt sich für die grossartigen Spenden, Mitgliederbeiträge und Solidaritätsbeiträge und erläutert die Rechnung 2009 im Vergleich zum Jahr 2008 anhand der Folien.

Jahresrechnung vom 01.01.09 - 31.12.09

	2009	2008
Ertrag		
Erträge Mitglieder und Sektionen	146'889.69	144'026.41
Debitorenverluste	673.00	-4'293.00
Solidaritätsbeiträge	150'047.85	121'145.75
Mandatsabgaben	26'433.30	26'820.00
Wahlbeiträge	33'829.20	
Zuwendungen/Spenden	89'014.20	18'897.45
Parteientschädigung KR-Fraktion	41'500.00	50'100.00
Sitzungsgelder KR-Fraktion	9'555.00	11'375.00
Total Ertrag	497'942.24	368'071.61
Aufwand		
Abstimmungen	4'462.60	7'813.55
Wahlen	202'936.79	43'995.85
Politische Arbeit	20'237.60	20'846.60
Mitgliederbeiträge an SPS	127'545.00	130'900.00
Werbung/Inserate/Prämien	3'371.70	13'334.90
Personalaufwand	117'711.86	99'035.00
Mietaufwand	13'530.00	14'730.00
Allgemeiner Unterhalt	4'022.40	4'756.85
Versicherungsaufwand	505.60	499.20
Energie	3'718.50	2'271.45
Büro- und Verwaltungsaufwand	24'947.98	23'355.10
Beitrag an Fraktion	7'500.00	
Abschreibungen	2'062.00	1'212.30
Finanzaufwand	1'809.29	-459.41
Ausserordentlicher Aufwand	5'877.57	-4'501.15
Total Aufwand	540'238.89	357'790.24

Kantonaler Parteitag

Jahresergebnis -42'296.65 10'281.37

Bilanz per 31.12.2009

	2009	2008
Aktiven		
Umlaufvermögen		
Flüssige Mittel	33'589.14	42'078.54
Forderungen/Debitoren	18'978.00	36'017.75
Aktive Rechnungsabgrenzung/TA	1'722.72	
Anlagevermögen		
Mobile Sachanlagen	2'100.00	1'301.00
Total Aktiven	56'389.86	79'397.29
Passiven		
Finanzverbindlichkeiten		
Regiobank	46'618.35	
Kreditoren	18'168.90	13'981.20
Kreditoren SP Schweiz	22'265.15	
Passive Abgrenzungen		
Rückstellungen		53'000.00
Transitorische Passiven	9'704.07	10'486.05
Vereinskapital		
Eigenkapital	1'930.04	8'351.33
Jahresergebnis	-42'296.65	10'281.37
Total Vereinskapital	-40'366.61	1'930.04
Total Passiven	56'389.86	79'397.29

Antrag Geschäftsleitung: Annahme der Jahresrechnung

Diskussion: Zur Jahresrechnung und Bilanz gab es keine Fragen.

HJ Staub: Für Wahlen gab man Fr. 200.000 aus, eigentlich könnten dies die CEO's der CS und UBS berappen.

Kantonaler Parteitag

Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei haben die Jahresrechnung 2009 einstimmig genehmigt.

Evelyn Borer hat die Präsentation durch Bea Widmer Strähl herzlich verdankt und den Delegierten für das Vertrauen.

6. Genehmigung des Berichts der RPK gemäss Artikel 21. Abs. 3.2 der Statuten

Benjamin Patzen, Mitglied der Rechnungsprüfungskommission attestiert der Rechnung einen guten Zustand, die Differenz zum Budget sei akzeptabel und ähnlich wie im Vorjahr. Die Belege sind vollständig vorhanden und er empfiehlt die Rechnung zu genehmigen.

Bericht der Rechnungsprüfungskommission 2010

Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellen fest, dass die Buchhaltung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn des Jahres 2009 vollständig, übersichtlich und sauber geführt wurde. Die von der RPK geprüften Belege sind lückenlos vorhanden und stimmten mit den Buchungen überein.

Der Aufwandüberschuss beläuft sich auf Fr. 42.296.65 das Vereinskaptal per 31.12.2009 beträgt Fr. - 40.366.61.

Beachtet man die Auflösung der Rückstellungen aus den Vorjahren von Fr. 53.000.00, so beträgt das Jahresergebnis folglich Fr. - 95.296.65.

Die RPK stellt mit Bedauern fest, dass mehrere kleinere Sektionen und Einzelmitglieder heute nicht mehr in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die entsprechenden finanziellen Beiträge nicht begleichen.

Die von der RPK durchgeführte Rechnungsprüfung lässt darauf schliessen, dass die gesamte Buchführung korrekt ist und den Grundsätzen der Buchhaltung entspricht. Deshalb empfehlen wir dem Parteitag, die Jahresrechnung 2009 zu genehmigen und die Rechnungsführerin und den Rechnungsführer zu entlasten.

Die Rechnungsprüfungskommission

Fatma Tekol

Benjamin Patzen

Solothurn, 15. März 2010

Antrag Geschäftsleitung: Annahme des Berichts der RPK

Diskussion: Keine

Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei haben den Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 15. März einstimmig genehmigt.

7. Zweijahresberichte gem. Art. 21. Abs. 1 der Statuten

- ▶ *des Parteipräsidiums*
- ▶ *der Kantonsratsfraktion*
- ▶ *der Fachausschüsse*
- ▶ *der Beschwerde- und Schiedskommission*
- ▶ *des Parteisekretariats*

Kantonaler Parteitag

Evelyn Borer hat die ausführlichen Berichte 2008 – 2010 gewürdigt, es sind 35 Seiten zusammengekommen und hat dazu allen Beteiligten herzlich gedankt. Die Jahresberichte werden zur Diskussion gestellt.

Diskussion: Keine.

Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei haben die Zweijahresberichte 2008 – 2010 zur Kenntnis genommen und einstimmig genehmigt.

8. Beitragsleistung an die Kantonalpartei gemäss Artikel 21. Abs 4 der Statuten

Evelyn Borer Bea Widmer habe bereits erwähnt, dass der grösste Betrag der Mitgliederbeiträge an die SPS überwiesen werde, Fr. 55.00 pro Mitglied, total ca Fr. 130.000.00 der Rest, ca Fr.25.00 pro Mitglied (erwerbstätig), total ca Fr. 25.000.00 bleiben bei der Kantonalpartei. Der Solidaritätsbeitrag hingegen sei ein Bestandteil der Mitgliedschaft, ist gemäss steuerbarem Einkommen zu bezahlen und ist das eigentliche Arbeitskapital für die Kantonalpartei.

Antrag Geschäftsleitung: Beitrag für erwerbstätige Mitglieder an die Kantonalpartei unverändert Fr. 24.00

Diskussion: Keine

Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei haben den Antrag der Geschäftsleitung einstimmig genehmigt.

9. Ehrungen und Verdankungen

Evelyn Borer verdankt die Arbeit von Fabian Müller, Balsthal als Vizepräsident während 6 Jahren tätig, habe sie als Präsidentin immer sehr gestützt und viel geleistet. Er war immer der ruhende Pool, hatte jederzeit die Finanzen im Griff und auch Wahlkämpfe geführt. Nun ist er Vater geworden, ist Gemeinderat, Kantonsrat und die Belastung gross genug, dass ein Mandat abgegeben werden muss.

Fabian erhält eine Rose und eine Flasche Wein.

Die Delegierten dankten Fabian Müller mit grossem Applaus.

Während den letzten Zwei Jahren sind insgesamt 5 Geschäftsleitungsmitglieder sowie Peter Fäh als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission und Willy Bähler als Mitglied der Beschwerde- und Schiedskommission zurückgetreten.

GL: Barbara Banga Schaad, Adrian Würigler, Urs W.Flück, Reiner Bernath und Eva Zumbrunn-Gemperle

Die Delegierten dankten den abtretenden Chargenträger/Innen mit grossem Applaus.

Alle hätten eine Flasche Wein bekommen, leider war niemand anwesend.

10. Wahlen gemäss Artikel 21. Abs. 1 bis 5 der Statuten

Antrag Geschäftsleitung gemäss Namenslisten für 2 Jahre

1. Das Parteipräsidium

Kantonaler Parteitag

Fabian Müller empfiehlt den Delegierten Evelyn Borer für weitere 2 Jahre als Parteipräsidentin der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn. Mit grossem Applaus ist Evelyn als Präsidentin bestätigt worden.

- Evelyn Borer, Dornach bisher

2. Die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung (GL) alle anwesend ausser Bürki und Schneider

Vizepräsidium

- Franziska Roth, Solothurn; Vizepräsidentin bisher

Fraktion

- Markus Schneider, Solothurn; Fraktionspräsident bisher
- Hadorn Philipp, Gerlafingen; Vertreter der Fraktion bisher

Amteien

- Thal/Gäu; Daniela Gerspacher, Oensingen bisher
- **Thal/Gäu; Marco Simon, Oberbuchsiten, neu**
- Olten/Gösgen; Georg Hasenfratz, Olten bisher
- Olten/Gösgen; Urs Huber, Obergösgen bisher
- Dorneck/Thierstein; Hans-Jörg Staub, Dornach bisher
- **Dorneck/Thierstein; Irene Meier, Rodersdorf neu**
- Bucheggberg/Wasseramt; Simon Bürki, Biberist bisher
- Bucheggberg/Wasseramt; Max Schmid, Lüterkofen bisher
- Solothurn/Lebern; Katrin Leuenberger, Solothurn bisher
- **Solothurn/Lebern vakant**
- JUSO; Oliver Schmid, Biberist bisher

Von Amtes wegen

- Regierungsrat; Peter Gomm, Olten bisher
- Nationalrätin; Bea Heim, Starrkirch-Will bisher
- **Ständerat; Roberto Zanetti, Gerlafingen neu**

3. Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK) Patzen anwesend

- Ingold Hans-Rudolf, Subingen (bisher)
- Fatma Tekol, Biberist (bisher)
- Benjamin Patzen, Solothurn (bisher)

4. Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK) Hartmann anwesend

- **Walter Roland, Solothurn (neu)**
- Hartmann Lisbeth Gempen (bisher)
- Walker Jürg, Olten (bisher)

5. Delegierten DV SP Schweiz Kanton Solothurn hat 13 Delegiertenstimmen (Vorjahr 14)

Bezirk/Amtei	Delegierte/r	Ersatz
Solothurn/Lebern	Fabio Blöchliger (neu)	Hans Bieri
Solothurn/Lebern	Joel Mussilier (neu)	Robert Wyss
Olten/Gösgen	Urs Huber	Jeanette Brotzer-Dinkel
Olten/Gösgen	Trudi Stadelmann	Ronny Rickli
Olten/Gösgen	Bea Widmer-Strähl	Max Bitterli
Bucheggberg/Wasseramt	Walter Uebelhard (neu seit 2009)	Doris Hirt (neu seit 2009)

Kantonaler Parteitag

Bucheggberg/Wasseramt	Esther Gerlach	Sibylle Berberat (neu)
Bucheggberg/Wasseramt	Han van der Kleij	Karl Stadler (neu)
Dorneck/Thierstein	Christoph Heinrichs	vakant
Dorneck/Thierstein	Eva Zumbrunn-Gämperle	Danielle Lutz
Thal/Gäu	Fritz Dietiker	Fabian Müller
Thal/Gäu	Daniel Bloch	Daniela Gerspacher
JUSO	Oliver Schmid	Jano Jacusso

Hans Rohn aus Trimbach bemängelt die schlechte Präsenz der Solothurner Delegierten an den DV der SPS und bittet die Gewählten doch jeweils an den Versammlungen teilzunehmen.

Evelyn Borer versichert, dass die Delegierten nach einem misslungenen Anlauf nochmals zu einem Delegiertentreffen eingeladen und dort auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden.

Koordinationskonferenz SP Schweiz

Borer Evelyn	Parteipräsidium	bisher
Franziska Roth	Vizepräsidentin	bisher
Wepfer Niklaus	Parteisekretariat	bisher

Wahlen: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei haben alle vorgeschlagenen Personen für Ihre Charge einstimmig für 2 Jahre gewählt

Evelyn Borer freut sich auf weitere zwei Jahre als Parteipräsidentin und auf die Zusammenarbeit mit allen Gremien und vielen Menschen, gratuliert allen Gewählten, bedankt sich für ihr Engagement und wünscht allen viel Erfolg und Befriedigung.

11. Parolenfassung für die kantonalen Abstimmungen vom 13. Juni 2010

Evelyn begrüsst die Referentin und den Referenten zur 1. Vorlage und übergibt das Wort an Marcel W. Wyss. Die Behandlung der zweiten traktandierten Vorlage wird vorgezogen, weil ein Referent noch nicht anwesend ist.

1. *Volksinitiative „für ein liberaleres Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot“*
Pro: Marcel W. Wyss, Initiativkomitee, Kappel
Kontra: Anna Rüefli, SP Kantonsrätin, Solothurn

Die Volksinitiative „für ein vernünftiges Rauchverbot“ ist abstimmungsreif. Sie verlangt, dass 80m² grosse Lokale wieder reine Raucherbeizen sein dürfen. Der Kantonsrat empfiehlt sie mit 52:31 Stimmen zur Ablehnung.

Evelyn Borer gibt das Wort an Marcel W. Wyss

Geschätzte Anwesende

Marcel W. Wyss (Pro), Präsident des Initiativkomitees.

Wyss stellt die Frage in den Raum, ob es schlimm wäre, wenn im Kanton 20-25 Raucherbeizen bewilligt würden? Dies wäre die Anzahl, welche gemäss Gesetz realistisch wäre. Es betrifft insbesondere Kleinstbetriebe, ebenfalls Arbeitgeber, demzufolge betrifft es auch Arbeitsplätze. Wyss möchte in der Schweiz 1 Gesetz und nicht wie heute 26 verschiedene, demzufolge eine Anpassung an das Bundesgesetz, welches einen minimalen Konsens vorgibt. Es ist weiter befremdend, dass die RaucherInnen für alles Leid schuld sein und völlig ausgegrenzt werden sollen. Eine statistische Angabe, die vorgibt, dass seit dem

Kantonaler Parteitag

verbesserten Schutz für Passivraucher die Herzinfarkte zurückgegangen sind, kann auch andere Gründe haben wie zB eine statistische Schwankung oder auch weitere Faktoren, jedoch nicht zwingend der anti Raucherbewegung zugeordnet werden. Das viel gehörte Argument, dass die RaucherInnen die Gesundheitskosten belasten, stimmt so nicht, denn diese zahlen mit der Tabaksteuer sehr viel in die AHV ein und übernehmen eine grosse Verantwortung für die Altersvorsorge. Es gebe auch viele NichtraucherInnen, denen das Rauchertum nichts ausmacht, anderen natürlich schon. Wyss relativiert die Aussagen, dass mit der Annahme der Initiative wieder die alte Regelung eintreten würde, sondern lediglich kleine Beizen als Raucherbeizen geführt werden könnten, also ist es eine kleine Liberalisierung hin zur Vernunft. Im Übrigen hat sich die SP schon immer für Minderheiten und die Schwachen, sowie für kleine Betriebe eingesetzt. Er bittet um Unterstützung und Annahme der Initiative.

Liebe Genossinnen und Genossen, geschätzter Herr Wyss und geschätzte Anwesende Anna Rüefli (Kontra) ist Kantonsrätin und Mitglied der SOGEKO

Es ist noch nicht einmal 4 Jahre her, nämlich am 26. Nov. 2006, da haben wir über genau diese Regelung abgestimmt, die mein Vorredner jetzt wieder geändert haben will.

Ihr wisst es sicher noch, der Solothurner Stimmbevölkerung sind dazumal zwei Varianten unterbreitet worden, eine lasche ohne Rauchverbot in der Gastronomie, die heute vor der inzwischen erlassenen Bundesregelung nicht mehr standhalten würde, und eine ehrgeizigere mit Rauchverbot in der Gastronomie, die aber immer noch die Möglichkeit von bedienten Fumoirs zulässt und so den Raucherinnen und Raucher stark entgegenkommt.

Das ist die Variante, die wir heute haben und für welche wir uns am damaligen SP-Parteitag grossmehrheitlich ausgesprochen haben.

Das Stimmvolk ist der SP gefolgt, hat beide Varianten mit grossem Mehr angenommen und hat sich in der Variantenabstimmung für die Ehrgeizigere entschieden.

Damit wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heute, nicht einmal vier Jahre nach dieser gewonnenen Abstimmung, eine andere Meinung zu dieser Frage hätte, bräuchte es von mir aus gesehen entweder eine total geänderte Ausgangslage oder völlig unvorhergesehene Auswirkungen der Regelung, die wir dazumal beschlossen haben.

→ Keines von beidem ist der Fall.

2006 waren unsere Hauptargumente der Arbeitnehmerschutz, der Nichtrauchererschutz und der Jugendschutz.

- Passivrauchen ist für Arbeitnehmende und Beizengängerinnen heute noch genauso gesundheitsschädigend wie vor 4 Jahren und es ist in kleinen Beizen nicht weniger schädlich als in grossen. → Die gesundheitspolitische Ausgangslage hat sich also überhaupt nicht verändert.
 - o Wir wissen alle, Passivrauchen kann Lungenkrebs, Herz-Kreislaufstörungen und weitere Krankheiten verursachen und schlimmstenfalls sogar zu einem verfrühten Tod führen.
 - o Darum waren wir schon vor 4 Jahren der Meinung, es brauche neben den bedienten Fumoirs keine weiteren Ausnahmen vom Rauchverbot.
- Gerade was der Arbeitnehmerschutz anbelangt, taugt das Argument nicht, dass Angestellte in Raucherbeizen im Arbeitsvertrag diesen Arbeitsbedingungen freiwillig zustimmen können.
 - o Diese Art von Freiwilligkeit kennen wir zur Genüge, wenn man wirklich auf einen Job angewiesen ist, bleibt einem gar nichts anderes übrig als einem verrauchten Arbeitsplatz zuzustimmen (wir sind hier in der gleichen Thematik wie bei der Freiwilligkeit bei den Sonntagsverkäufen).

Kantonaler Parteitag

Mein Vorredner behauptet, dass der Kt. SO die Bundesregelung übernehmen muss, um zu einer schweizweiten Vereinheitlichung beizutragen.

- Dazu kann ich nur sagen: Die Bundesregelung führt nicht zu einer Vereinheitlichung, sondern hält nur einen absoluten Mindestkompromiss fest.
- So haben heute bereits 15 Kantone, in denen $\frac{3}{4}$ der Schweizer Bevölkerung leben, ein Rauchverbot, das keine reinen Raucherbeizen mehr zulässt (darunter auch unsere Nachbarkantone BE, BL).
- Wenn wir im Kanton Solothurn wirklich etwas zu einer gesamtschweizerischen Harmonisierung beitragen wollen, dann müssen wir eben gerade an unserer Regelung festhalten, die schon für $\frac{3}{4}$ der Schweizer Bevölkerung gilt.
- Abgesehen davon ist es nicht einzusehen, wieso wir, die ein konsequenteres Gesetz haben, das umfassender vor Passivrauch schützt, die rückständigere Bundesregelung übernehmen sollen.

Als Letztes gibt es natürlich noch die Argumente der Rechtssicherheit und der Rechtsgleichheit:

- Die Solothurner Regelung ist heute von der Bevölkerung und von den meisten Wirten breit akzeptiert.
- Das zeigt sich darin, dass im Kt. SO schon ca. 300 Fumoirs bewilligt wurden und auch schon ein grosser Teil von den kleinen Beizen die Investitionen für den Einbau eines Fumoirs auf sich genommen haben.
- Gerade diese Investitionen der kleinen Beizen würden durch eine jetzige Kehrtwende in der Gesetzgebung zu Fehlinvestitionen.
- Das ist auch der Grund, weshalb die Volksinitiative zu gewissen Unstimmigkeiten bei den Beizern geführt hat.
- Und unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung ist auch nicht klar, warum ein Wirt mit einer Beiz mit einer Fläche von unter 80 Quadratmetern besser gestellt werden soll als ein Wirt mit einer Beizenfläche von über 80 Quadratmetern. Die 80-Quadratmeter-Grenze ist völlig willkürlich.

Aus allen diesen Gründen möchte ich euch dazu auffordern, die Nein-Parole zu dieser Volksinitiative zu beschliessen und an der Regelung festzuhalten, die die Solothurner Bevölkerung vor nicht einmal vier Jahren beschlossen hat. Merci.

Evelyn Borer dankt für die Ausführungen und gibt für die Diskussion das Wort frei.

Diskussion:

Hanspeter Koch:

Relativiert das Referat von Wyss, insbesondere die Aussage, dass es den Einen etwas macht, den Anderen nicht. Bis vor 5 Jahren hätte er ihm Recht geben können, habe in der Bubenzeit auch geraucht, heute sei er aber Nichtraucher. Er habe in Lostorf innert kürzester Zeit eine liebenswürdige Genossin an den Folgen des Rauchens verloren, dieses Erlebnis habe ihn geprägt und warnt vor der Verharmlosung des Rauchens. Bittet um Ablehnung der Initiative.

Georg Hasenfratz:

Die allermeisten Beizen bleiben auch nach einer Annahme der Initiative rauchfrei, es betrifft nur die Kleinen. Aus Sicht der SP gebe es deshalb keinen Grund gegen die Initiative zu sein. Prävention, der Jugendschutz und das Werbeverbot bleiben erhalten. Die Solothurner Regelung sei zwar gut gemeint, aber doch etwas übersteuert, wenn man bedenkt dass in unserem Kanton gegen jedes blaue Räuchlein vorgegangen werde. Es gebe viel wichtigere Anliegen und Probleme die anzugehen sind, denken wir an das Ozon, den Feinstaub, den Verkehr uvm, was ist mit diesen Problemen, wann wird gegen diese in gleichem Masse vorgegangen wie gegen die Raucher? Es darf nicht Aufgabe des Staates sein, zu bestimmen,

Kantonaler Parteitag

dass die Menschen zwar gesund, dafür unglücklich sterben. Die Menschen soll man leben lassen und sie in ihren Bedürfnissen mehr Freiheit geben. Das neue Parteiprogramm der SPS legt wieder vermehrt mehr Wert auf Freiheit, also leben wir dies und sagen Ja zur Initiative.

Lisbeth Hartmann:

Die Freiheit darf nicht über der Gesundheit stehen, es ist doch nicht schlimm für die RaucherInnen nach draussen zu gehen, dies zum Schutz des Personals, der ArbeiterInnen und der Gäste. Das Opfer ist klein und der Nutzen gross. Bittet um Ablehnung der Initiative.

Oliver Schmid:£

Unterstützt die Initiative, die Jungen möchten wieder mehr Genuss und haben genug von der Überreglementierung durch den Staat.

Erika Genillard:

Im Restaurant ist es nicht mehr lustig, seid nicht mehr geraucht werden darf, die gute Stimmung werde ständig unterbrochen, wenn die RaucherInnen nach draussen gehen. Früher war die Stimmung immer besser, bittet um Annahme.

Marco Simon:

Stellt die Möglichkeit der Stimmfreigabe in den Raum und stellt Antrag, einerseits sind da die Einnahmen für die AHV und andererseits die Gesundheitskosten.

Han van der Klaij:

Die Anzahl Beizen spielt gar keine Rolle, die Frage ist doch, wollen wir die arbeitenden Menschen schützen oder nicht? Ja wollen und müssen wir, deshalb nein zur Initiative.

Marcel W. Wyss:

Eine Umfrage des Soloth. Wirteverbandes zeigt auf, dass 32 Lokale der Initiative zustimmen und gerade mal 5 diese ablehnen. Im Übrigen rauche das Servicepersonal überdurchschnittlich viel.

Anna Rüefli:

Diese Zahl sei eine statistische Zahl und kann nicht überbewertet werden, die gleiche Frage müsste man wieder stellen, wenn die neue Regelung kommt.

Evelyn Borer:

Antrag: Die GL der SP Kanton Solothurn empfiehlt dem Parteitag die Initiative mehrheitlich zur Ablehnung.

Abstimmung:

Antrag der GL: Ablehnung: mit 53 : 14 Stimmen zugestimmt

Antrag Simon, Stimmfreigabe gegen NEIN-Resultat: mit 52 . 20 Stimmen abgelehnt

Die Delegierten beschliessen zu Hd der Volksabstimmung vom 13. Juni die Initiative abzulehnen und somit die NEIN-Parole.

Evelyn Borer bedankt sich bei Rüefli und Wyss und überreicht ihnen zum Dank einen Rotwein.

2. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Sonntagsverkäufe)

Pro: Andreas Gasche, Geschäftsführer KGV, Oekinggen

Kontra: Philipp Hadorn, SP Kantonsrat, Gerlafingen

Evelyn begrüsst die Referenten zur 2. Vorlage und übergibt das Wort an Andreas Gasche

Geschätzte Anwesende

Andreas Gasche (Pro), Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes glaubt sich, natürlich

Kantonaler Parteitag

ironisch gemeint, in der Höhle des Löwen zu befinden, sind doch Ständerat, Nationalrätin und Regierungsrat anwesend. Er glaubt, dass die Fronten nicht weit auseinanderliegen. Mit dem Vorstoss „Wasserfallen“ hat der Nationalrat das Arbeitsgesetz dahingehend geändert, dass 4 Sonntagsverkäufe pro Jahr bewilligungsfrei durchgeführt werden dürfen. Dazu gibt es eine Bundesgerichtsentscheidung, dass die Kantone eigenständig diese Verkäufe anbieten können oder eben nicht, eine gesamtschweizerische Regelung kommt gemäss Urteil nicht in Frage. Also kann der Kanton Solothurn zusätzlich 2 Sonntagsverkäufe zu den Adventsverkäufen bewilligen. Diese Abstimmung steht nun bevor, weil im Kantonsrat das notwendige 2/3 Quorum nicht erreicht wurde, kommt die Gesetzesänderung obligatorisch vor Volk. Ansonsten wäre wohl das Referendum ergriffen worden. Es geht nicht um eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, diese Abstimmungen gingen in der Vergangenheit zweimal verloren, es geht auch nicht um eine Veränderung, die Adventsverkäufe bleiben. Die Änderung betreffe das Arbeitsgesetz und nichts anderes. Sonntagsverkäufe sind ein zunehmendes Bedürfnis der Bevölkerung, insbesondere wenn zB während vier Tagen die Läden geschlossen sind, infolge eines Feiertages. Warum also eine Ausdehnung? Viele Geschäfte können von den Adventsverkäufen profitieren, dies wolle man auch den anderen Branchen nicht vorenthalten. Die ArbeitnehmerInnen sind 3-fach geschützt, bekommen 50% mehr Lohn und erhalten einen zusätzlichen Freitag. Ihr Geschäft öffnen werden ohnehin nur diese Branchen, die auch einen Nutzen davon haben, das Kosten-Nutzenverhältnis muss natürlich stimmen. Die Ruhetage sind natürlich wichtig, aus diesem Grund gebe es auch eine strenge Regelung. Am Gesamtarbeitsgesetz ändere sich auch nichts und ein Wildwuchs werde man bei einer allfälligen Annahme der Vorlage zu verhindern wissen. Mit der Vorlage komme man auch an eine Annäherung an den Kanton Baselland heran, der die Verkäufe schon eingeführt hat. Die Regierung sei den Sozialpartnern gefolgt, dass die Öffnungszeiten zu regeln sind, allerdings sollen regionale Lösungen möglich sein und partnerschaftlich ausgehandelt werden. Die Kleinen müssen nicht zu den Verlierern gehören, man bedenke dass die Shops an Tankstellen, Flugplätzen und an den Bahnhöfen sich einer grossen Beliebtheit freuen, diese gehören meist einer grossen Warenkette an, während kleine und eigenständige Geschäfte geschlossen sein müssen. Gasche bittet um Zustimmung für diesen kleinen Schritt im Arbeitsgesetz.

Liebe Genossinnen und Genossen

Philipp Hadorn (Kontra), Kantonsrat und Mitglied der FIKO hält sein Referat mit Hilfe einer PP Präsentation:

Pro und Kontra – eine Auswahl

Ideologie oder Argumente? Eine Auswahl – zur Meinungsbildung!

Konsumgewohnheiten im Wandel!

Stimmt – Konsumgewohnheiten sind im Wandel. Shopping wurde zum Freizeitangebot – unabhängig von allfälligem Kaufwillen.

Schaffung von Arbeitsplätzen?

Stimmt teils – längere Öffnungszeiten führen zu mehr Arbeitsstunden – gleichzeitig steigt der Druck auf die Entlohnung, da der Umsatz pro Stunde abnimmt.

Wirtschaftliche Impulse dank Sonntagsarbeit?

Falsch – der Franken wird nur einmal ausgegeben; eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten senkt die Produktivität.

Sonntagsarbeit zum Tieflohn?

Kantonaler Parteitag

Stimmt – effektiv sind die betroffenen Verkaufsstellen im Tieflohnsegment, Einsätze beruhen auf wirtschaftlicher Not – nicht selten als Zweit- oder Dritt-Job / Working poor

Mehr Sonntagsarbeit – weniger Kompetenz im Fachhandel

Stimmt – oft müssen unqualifizierte Mitarbeitende für Sonntagsarbeit angestellt werden, Fachkompetenz wird dabei rar.

Freiwilligkeit für Arbeit nehmende?

Falsch – eine SECO-Studie beim Verkaufspersonal mit Sonntageinsatz belegt: 70% fühlen sich fremdbestimmt.

Sonntagsarbeit hindert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Stimmt – Studie (SECO) belegt: Mehrbelastung durch Sonntagsarbeit hat negative Auswirkungen auf das Privatleben der Beschäftigten.

Wer am Sonntag arbeitet fehlt!

Stimmt – auch die Kirchen halten fest:

„Wer am Sonntag arbeitet, fehlt: in der Gemeinschaft der Familie, beim Zusammensein mit Gleichgesinnten und Freunden, in der Kirche, beim Sport. Von Ladenöffnungssonntagen betroffen sind zudem vor allem sozial schwächere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Niedriglohnsektor. Der verstärkte Blick auf Konsumgewohnheiten missachtet dabei die Bedeutung des Sonntags für eine ausgewogene Balance zwischen Ruhe und Arbeit. Eine Gesellschaft, die sich keine Zeit mehr nimmt, um zur Ruhe zu (...), setzt die Fundamente aufs Spiel.“

Die Solothurner wollen keine erweiterten Ladenöffnungszeiten!

Stimmt – die Solothurner lehnten ab: 1996 und 2002 „Voll“-Liberalisierung, 2005 Ladenöffnungszeiten in Rail Cities.

Zusammenhang mit Bevorzugung der Ladenketten/-zentren, Verkehr und Gesundheit

Stimmt – Sonntagsarbeit fördert grössere Läden (reduzierte Anz.Kassen) & „Lädelisten“, führt zu Mehrverkehr, hindert die erforderliche Erholung in verdichteten Arbeitsumfeld (Stress am Arbeitsplatz) gefährdet Gesundheit & erhöht Gesundheitskosten.

Mehr Sonntagsverkäufe im Kanton Solothurn: Am 13. Juni 2010 – Nein Danke

Zur Sicherung der persönlichen Freiheit und eines erholsamen Sonntag

Diskussion:

Yves Fankhauser:

Votiert klar dagegen, Zeit sei ein wichtiger Faktor, Zeit haben für Familie, Mutter, Vater, Gedanken und alle Freunde daher sehr wichtig, mit einem Ja verlieren wir diese Gut immer mehr.

Han van der Klay:

Man könne noch lange von einem neuen Trend sprechen, das heisst nicht, dass auch alles angeboten werden müsse, viel wichtiger sein eine richtige Planung, die über ein verlängertes Wochenende hinausgehe, wie zum Beispiel das Pfingstwochenende.

Andreas Gasche:

In unserer Gegend gebe es bereits viele offene Läden, der gesellschaftliche Wandel könne dadurch nicht aufgehalten werde. Es handle sich ja nur um 4 Sonntage und nicht um Öffnungszeiten während 365 Tagen und 24 Stunden.

Kantonaler Parteitag

Urs Huber:

Klar waren auch früher die Käserei und die Bäckerei auch sonntags offen, das hat Tradition, nur verschwinden diese ja alle und die Shops werden von 10% benutzt und nicht mehr. Man müsse doch nicht alles anbieten und akzeptieren was Teile der Gesellschaft wünschen. Sonntagsarbeit gab es auch immer, es gibt eben Branchen die arbeiten müssen, aber diese Vorlage zeige eine andere Tendenz auf, eine Regelmässigkeit wolle niemand und eine Flickenteppich schon gar nicht.

Franziska Roth:

Die Mehrheit der Kleingewerbler wollen diese Sonntagsverkäufe ebenfalls nicht, ebenso ihre Patrons, die Angestellten wollen es nicht, auch bei doppeltem Lohn nicht. Der Gruppendruck zwingt sie dazu. Wegen den wenigen Grossen müssen wir dies nicht einführen.

Andreas Gasche:

Die Adventsverkäufe sind unter den Sozialpartnern gut über die Bühne gegangen und bewähren sich. Warum soll dies jetzt auch nicht gehen? Ein Flickenteppich wolle niemand, dies werde man verhindern. Zum Vorwurf des Gruppendrucks, genau dieser findet bei den Tankstellenshops statt, die keinen GAV haben.

Philipp Hadorn

Bittet um Vertrauen in die Gewerkschaften, der GbS sein gegen die Vorlage, man sei froh dass keine Liberalisierung in Sicht sei. Ein GAV für Mitarbeitende der Tankstellenshops sei wünschenswert.

Matthias Stricker:

Wir können für die Menschen ja alles planen und eben möglich machen, tun wir es nicht, dürfen sie wieder selber planen. Deshalb nein zu dieser Vorlage.

Evelyn Borer:

Antrag: Die GL der SP Kanton Solothurn empfiehlt dem Parteitag die Vorlage einstimmig zur Ablehnung.

Abstimmung:

Antrag der GL: Ablehnung:

Einstimmig

Gegenstimmen und Enthaltungen

Keine

Die Delegierten beschliessen zu Hd der Volksabstimmung vom 13. Juni die Vorlage für zusätzliche Sonntagsverkäufe abzulehnen und somit die NEIN-Parole

Evelyn Borer bedankt sich bei Gasche und Hadorn und überreicht ihnen zum Dank ein Rotwein.

12. Varia

Evelyn Borer macht auf die Unterschriftensammlung für die Cleantech-Initiative der SPS aufmerksam, dessen Sammlung soeben begonnen habe, ebenso das Referendum gegen das AVIG, sowie für die Post-Initiative.

Borer bedankt sich für die speditive Abwicklung und wünscht allen eine angenehme Heimreise.

Applaus

Ende der Versammlung: 21.50 Uhr.

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 23. Juni 2010